



Nr. 41

18. November 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

„Keine Lernkurve bei den politischen Akteuren“
[Corona-Pandemie: Öffentlicher Dienst am Limit](#)

BSBD Gewerkschaftstag
[Pakt für den Rechtsstaat soll erweitert werden](#)

Einkommensrunde 2021
[Demos im Norden: Beschäftigte machen weiter Druck auf Arbeitgebende](#)

dbb bundesfrauenvertretung
[Hochschulen: Kreuz fordert bessere Umsetzung von Frauenförder- und Gleichstellungsplänen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen
[Finanzminister sagt schnelle Anpassung der Besoldung und Versorgung zu](#)

Thüringen
[Besoldung: Erhöhte Kinderzuschläge werden im Dezember ausgezahlt](#)

Niedersachsen
[Positive Steuerschätzung: Investitionen in den Landesdienst gefordert](#)

VRFF – Die Mediengewerkschaft
[Gewerkschaftstag wählt Anke Ben Rejeb zur neuen Vorsitzenden](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
[Corona: Mehr Gesundheitsschutz in der Bildung gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

„Keine Lernkurve bei den politischen Akteuren“ **Corona-Pandemie: Öffentlicher Dienst am Limit**

Um die Umsetzung verschärfter Corona-Regeln umfassend zu kontrollieren, fehlt dem öffentlichen Dienst das Personal, mahnt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.

„Es wird auf Stichproben hinauslaufen, mehr ist einfach nicht drin“, sagte der dbb Chef am 12. November 2021 der Deutschen Presse-Agentur (dpa). „Ich höre aus vielen Verwaltungen, dass man überhaupt nicht weiß, woher man noch Leute nehmen soll, um 3G oder 2G zu kontrollieren.“ Gesundheits-, Ordnungs- und Gewerbeaufsichtsämter, Polizei, Rettungsdienste, Gesundheits- und Pflegekräfte arbeiteten bereits seit mehr als eineinhalb Jahren am Limit. „Alle fahren mental und physisch auf der letzten Rille.“

Zudem würden die Kontrollen für die Beschäftigten mit Gefahren einhergehen. Als Repräsentanten des Staats seien sie es nämlich, die Ziel des Unmuts von Bürgerinnen und Bürgern würden. Silberbach: „Die verbalen und tätli-

chen Attacken auf die Kolleginnen und Kollegen haben in allen Bereichen, auch im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr, während der Pandemie dramatisch zugenommen. Ich befürchte das Schlimmste, wenn die Maßnahmen jetzt wieder anziehen, zumal die Lager von Befürwortern und Gegnern dieser Maßnahmen ihre Haltung zunehmend radikaler vertreten werden.“

Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst seien außerdem enttäuscht von den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass es seit letztem Winter mehr oder weniger gar keine Lernkurve bei den politischen Akteuren gab. Ausbaden müssen das nun erneut die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, so der dbb Chef.

BSBD Gewerkschaftstag **Pakt für den Rechtsstaat soll erweitert werden**

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach fordert von der neuen Bundesregierung eine Initiative zur Modernisierung des Strafvollzugs.

„Bund und Länder haben mit dem ‚Pakt für den Rechtsstaat‘ in den letzten beiden Jahren einige wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Doch nun müssen wir darüber hinaus denken. Und dazu gehört für uns ganz klar, dass nach den Gerichten und den Polizeibehörden auch der Strafvollzug gestärkt und modernisiert wird“, sagte der dbb Chef am 11. November 2021 beim Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) im niedersächsischen Soltau.

Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden politischen und religiösen Radikalisierung

in Teilen der Gesellschaft seien die Anforderungen an die Beschäftigten im Strafvollzug erneut gestiegen, betonte Silberbach: „Wenn wir nicht wollen, dass unsere Justizvollzugsanstalten zu regelrechten ‚Hotspots der Radikalisierung‘ werden, müssen wir dort investieren. Das betrifft alle Bereiche: die Gebäude, die Ausrüstung, die Personalausstattung. Und das betrifft natürlich auch die Attraktivität des Berufsfeldes. Hier erwarten wir von den Ländern bereits in den laufenden Tarifverhandlungen einen großen Schritt in die richtige Richtung. Aber das kann nur ein Anfang sein, wir brauchen zeitnah größere Anstrengungen von Bund und Ländern gemeinsam.“

Einkommensrunde 2021

Demos im Norden: Beschäftigte machen weiter Druck auf Arbeitgebende

Gegen die Blockadehaltung der Arbeitgebenden in der laufenden Einkommensrunde des öffentlichen Dienstes der Länder haben die Beschäftigten im Norden demonstriert.

Mit einem ganztägigen landesweiten Warnstreik in **Mecklenburg-Vorpommern** und einer Fahrrad-Demo in Schwerin machten sie am 16. November 2021 deutlich, dass sie ein klares Zeichen der Wertschätzung erwarten. Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, betonte bei der zentralen Kundgebung vor der Staatskanzlei: „Die neue Landesregierung steht nach dem Willen der Koalitionäre für eine starke und zukunfts-feste Verwaltung. Um dies sicherzustellen, braucht es vor allem Personal, und dies kann das Land nur gewinnen, wenn es sich als attraktiver Arbeitgeber präsentiert. In Zeiten, in denen tausende Lehrstellen nicht besetzt werden können und der Kampf um Nachwuchskräfte auf dem Arbeitsmarkt härter ist als je zuvor, ist jeder Schritt zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes elementar – wir brauchen jetzt eine entsprechende Wertschätzung, die sich auch im Portemonnaie bemerkbar macht. Darüber hinaus brauchen wir massive strukturelle Verbesserungen.“

Vom 15. bis zum 17. November 2021 befanden sich auch Tarifbeschäftigte der Hansestadt **Hamburg** im Warnstreik. Deswegen waren zahlreiche Bezirks- und Ortsämter, die Zulassungsstellen des Landesbetriebs Verkehr sowie die Finanzämter und Gerichte geschlossen oder nur eingeschränkt arbeitsfähig. Auch in Hamburger Strafvollzugseinrichtungen, bei der Hamburger Polizei, beim Hamburger Parkraum-Management und beim Rettungsdienst der Hamburger Feuerwehr legten Beschäftigte

ihre Arbeit nieder. „Wenn wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Hamburg während einer explodierenden Inflation von unserem Arbeitgeber im Regen stehen gelassen werden, wird für gewinnorientierte Konzerne der Pandemie-Rettungsschirm vom Hamburger Finanzsenator mittels einer Twitter-Meldung wie Sauerbier angeboten“, kritisierte der stellvertretende Vorsitzende und Tarifchef des dbb Hamburg Michael Adomat bei einer Kundgebung am 16. November mit 1.200 Teilnehmenden. Mit bitterer Ironie fügte er hinzu: „Das ist Wertschätzung, wie wir uns das vorgestellt haben: Während der Pandemie und der Hochwasserkatastrophe klatschen und nun soll es für uns eine Klatsche geben – Danke!“

Hintergrund

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich (im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro) sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/ Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro. Von den Verhandlungen betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 27./28. November 2021 in Potsdam geplant.

dbb bundesfrauenvertretung

Hochschulen: Kreutz fordert bessere Umsetzung von Frauenförder- und Gleichstellungsplänen

Nur jede vierte hauptberufliche Professur an deutschen Hochschulen ist mit einer Frau besetzt. Die dbb Frauen setzen sich daher für grundlegende Veränderungen ein.

„Frauen machen über die Hälfte der Erstsemester aus. Und dennoch sind am Höhepunkt einer akademischen Laufbahn bei den hauptberuflichen Professuren nur noch 26 Prozent Frauen vertreten. Offensichtlich gibt es für junge Wissenschaftlerinnen auf dem Weg nach

oben signifikante Hürden, die wir dringend abbauen müssen“, so Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb Frauen, zu einer entsprechenden Bekanntmachung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) am 16. November 2021. „Frauen fallen nicht nur in der Wissenschaft oft aus Gründen der Familienplanung während

wichtiger beruflicher Entwicklungsphasen aus. Auch deshalb haben sie auf allen Stufen der Karriereleiter schlechtere Chancen auf eine unbefristete Stelle als ihre männlichen Kollegen. Das muss ein Ende haben.“

Ein geeignetes Instrument seien verpflichtende Frauenförder- und Gleichstellungspläne für die Hochschulen, so Kreuzt. Diese alleine würden aber nicht reichen. „Gleichstellungspläne sind wichtig, aber was passiert bei Nicht-Erreichung der darin festgelegten Ziele? Bislang sind solche Pläne reine Selbstverpflichtungen, die keine echten Konsequenzen nach sich ziehen.

Sollte sich die Situation in Zukunft nicht bessern, müssen wir darüber nachdenken, finanzielle Anreize daran zu knüpfen.“

Neben regulatorischen Vorgaben müssten aber auch die Fördermöglichkeiten ausgebaut werden. „Wir brauchen Initiativen wie Mentoring-Programme, Stipendien gezielt für Nachwuchswissenschaftlerinnen und bessere Kinderbetreuungsangebote, um deutsche Hochschulen systematisch geschlechtergerechter zu gestalten“, machte die Chefin der dbb Frauen deutlich.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Finanzminister sagt schnelle Anpassung der Besoldung und Versorgung zu

Finanzminister Lutz Lienenkämper hat sich gegenüber dem Hauptvorstand des DBB NRW am 15. November 2021 mit Blick auf die laufende Einkommensrunde der Länder zuversichtlich geäußert.

Bei den derzeit laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder könne es einen guten Kompromiss geben. Danach werde die Landesregierung – noch vor den im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen – schnellstmöglich über die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge entscheiden.

Im Hinblick auf die zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) im Mai 2020 teilte Lienenkämper mit, dass diesen in einem ersten Schritt mit dem Gesetz zur Verbesserung der Alimentation kinderreicher Familien bereits Rechnung getragen worden sei. In einem weiteren Schritt solle die verfassungsgemäße Alimentation im Rahmen der erwähnten Besoldungsanpassung noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.

Schließlich räumte der Minister ein, dass der Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen für den DBB NRW hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, bemängelte ebenfalls, dass der Entwurf mit einer Attraktivitätssteigerung relativ wenig zu tun habe.

Nachdem Anfang des Jahres die bisherige 2. Vorsitzende des DBB NRW Jutta Endrusch verstorben war, wählte der Hauptvorstand nun Stefan Behlau vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) zu ihrem Amtsnachfolger. Für Behlau wurde Wibke Poth (ebenfalls VBE) in den DBB NRW Vorstand als neue Beisitzerin gewählt. Zudem schied Hubert Meyers (komba gewerkschaft), langjähriges Mitglied des DBB NRW Vorstandes, auf eigenem Wunsch aus dem Gremium aus. Dafür wurde Christoph Busch von der komba neu in den Vorstand gewählt.

Thüringen

Besoldung: Erhöhte Kinderzuschläge werden im Dezember ausgezahlt

Nachzahlungen für die Thüringer Beamtinnen und Beamten aufgrund der Erhöhung der Kinderzuschläge sollen mit den Dezemberbezügen ausgezahlt werden. Das hat Finanzministerin Heike Taubert am 15. November 2021 verkündet.

Das entsprechende Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation wurde am 22. Oktober 2021 im Thüringer Landtag von den Regierungsfractionen beschlossen. Bislang steht nur noch die Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt aus. Das Gesetz sieht vor, dass rückwirkend zum 1. Januar 2020 in den Besoldungsgruppen A 6 und A 7 jeweils die Erfahrungsstufen 1 gestrichen und die kinderbezogenen Familienzuschläge für alle Besoldungsgruppen in gleicher Höhe angehoben werden.

So steigt der Kinderzuschlag für das erste Kind um rund 112 Euro, für das zweite um rund 277 Euro, für das dritte um 308 Euro sowie für das vierte und jedes weitere Kind um 290 Euro. Die Erhöhung und Auszahlung ist unabhängig von einer vorangegangenen Widerspruchserhebung in 2020. Sie erfolgt jedoch nur, insoweit der oder die Beamte/in 2020 noch Kinder im Kindergeldbezug hatte. Für die Auszahlung

kommt eine steuerliche Ermäßigung (nach § 34 EStG) zur Anwendung. Das bedeutet, dass die Lohnsteuer bei einem sonstigen Bezug in der Weise zu ermäßigen ist, dass der sonstige Bezug mit einem Fünftel anzusetzen und der Unterschiedsbetrag zu verfünffachen ist (siehe § 39b Abs. 3 EStG).

Der tbb hält das Gesetz trotz der massiven Anhebung der Familienzuschläge für weiterhin nicht mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu einer amtsangemessenen Alimentation vereinbar. „Wir werden alle unsere Mitglieder auffordern, über ihre privaten Rechtsschutzversicherungen den Klageweg zu beschreiten. Voraussetzung dafür ist die Widerspruchserhebung spätestens in 2020 und das Abwarten des Abhilfe- beziehungsweise Widerspruchsbescheides. Wir werden zeitnah Formblätter und Muster zur Verfügung stellen“, heißt es dazu beim tbb.

Niedersachsen

Positive Steuerschätzung: Investitionen in den Landesdienst gefordert

Angesichts der positiven Steuerschätzung hat der Niedersächsische Beamtenbund (NBB) von der Landesregierung stärkere Investitionen in den öffentlichen Dienst gefordert.

„Entgegen aller bisherigen Verlautbarungen haben die Ergebnisse der Steuerschätzungen im Bund und verschiedenen Bundesländern, so nunmehr auch in Niedersachsen, ein deutliches Plus ergeben und eine positive Wachstumsprognose unterstrichen“, so der NBB Chef Alexander Zimbehl am 15. November 2021.

Den Niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers, der gleichzeitig als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für die Arbeitgebenden die Verhandlungen führt, nimmt der NBB daher in die Pflicht. Zimbehl: „Hier sehen wir eine klare Verantwortung des niedersächsischen Finanzministers und der gesamten Landesregierung die positiven Effekte zugunsten des Landeshaushaltes in einem angemessenen Rahmen den Beschäftigten zu Gute kommen zu lassen und endlich die

berühmte „Leere-Taschen-Rhetorik“ zurückzuführen!“

Aus Sicht des NBB sei es nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund Hilbers auch weiterhin keine Perspektiven für die 220.000 Landesbeschäftigten in Niedersachsen ankündigt. Er müsse endlich von seiner destruktiven Haltung abkehren und ein angemessenes Angebot vorlegen. „Wir fordern den Finanzminister spätestens auf Grundlage dieser aktuellen Zahlen erneut dazu auf, von seinem Sparzwang zum Nachteil unserer Kolleginnen und Kollegen endlich abzuweichen und die Leistungen des öffentlichen Dienstes, grade in der Corona-Krise, finanziell anzuerkennen“, so der NBB Vorsitzende.

VRFF – Die Mediengewerkschaft Gewerkschaftstag wählt Anke Ben Rejeb zur neuen Vorsitzenden

Mit Anke Ben Rejeb steht erstmals seit Gründung eine Frau an der Spitze der VRFF. Sie wurde beim Gewerkschaftstag am 25. und 26. Oktober 2021 in Essen gewählt.

Die neue VRFF Chefin betonte, dass die Einzigartigkeit der Betriebsgruppen zu den Grundwerten der Gewerkschaft gehört und diese Vielfalt weiterhin gelebt werden solle.

Weiterhin wurden gewählt: Stefan Rettner (SWR) als 2.Vorsitzender; Dagmar Bahr (DW Berlin), Jürgen Knipprath (WDR) und Uwe Tapken (HR) als gleichberechtigte, stellvertretende Bundesvorsitzende; Melanie Gläser (BS) als Bundesschatzmeisterin; Christian Gesch (BS) als Vorsitzender der Bundestarifkommission.

Der bisherige Bundesvorsitzende Ulrich Eichblatt war nach 19 Jahren an der Spitze der VRFF nicht mehr zur Wahl angetreten. Mitglied der Gewerkschaft ist Eichblatt sogar schon 1983, damals noch als Beleuchter beim ZDF. „Wir wünschen unserem langjährigen Bundesvorsitzenden eine gesunde, nun deutlich gemütlichere, aber weiterhin glückliche und erfüllte Zeit voller privater Erfolge“, so der neue VRFF-Vorstand.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Corona: Mehr Gesundheitsschutz in der Bildung gefordert

VBE Chef Udo Beckmann hat die aktuelle Corona-Politik von Bund und Ländern, gerade im Bildungssektor, deutlich kritisiert.

„Mit Unverständnis stellen wir fest, dass die Politik abermals nur reaktiv mit dem erwartbaren Anstieg der Infektionszahlen umgeht, anstatt Verantwortung für die Bevölkerung zu übernehmen. Auch wenn Kinder seltener schwer erkranken, können wir noch nicht abschätzen, welche Folgen sich langfristig einstellen. Es sind daher dringend Schutzmaßnahmen zu treffen, um eine weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen und gleichzeitig den Schulbetrieb in Präsenz zu sichern“, so Beckmann am 12. November 2021.

Der VBE richte zwei Kernforderungen an die Politik. Es werde erwartet, dass die Gesundheitsämter sich künftig, insbesondere bei der Regelung der Quarantänemaßnahmen, an den im Auftrag des Bundesbildungsministeriums erstellten S3-Leitlinien orientieren sollen, die sich wiederum auf RKI-Empfehlungen berufen. „Was gar nicht geht, ist, dass Gesundheitsamt A etwas anderes entscheidet als Gesundheitsamt B – und das Ganze dann auf dem Rücken der Kinder und Beschäftigten ausgetragen wird“, so Beckmann.

Zudem sei die Ausweitung der regelmäßigen Tests eine zentrale Forderung des VBE. Wo immer es möglich ist, solle an drei nicht aufeinanderfolgenden Tagen in der Woche getestet werden. Dies dürfe allerdings nicht zu einer Zusatzbelastung für Schulleitungen oder Lehrkräfte werden.

Zusätzlich zu den Hauptforderungen setzt sich der VBE seit geraumer Zeit für einen Einsatz von Luftfiltern ein. „Luftfilter sind nicht der Weisheit letzter Schluss, aber sie unterstützen die Möglichkeit eines kontinuierlichen Präsenzzunterrichts“, so Beckmann. Von der Politik forderte er außerdem: „Die Pandemie darf nicht länger als Projektionsfläche für parteipolitische Spielchen genutzt werden. Das mussten wir lange genug mitansehen. Von der Kommune über die Landes- bis zur Bundesebene müssen jetzt alle Akteure aktiv werden und gemeinsam Verantwortung übernehmen, anstatt weiterhin stoisch auf das Prinzip Hoffnung zu setzen.“

Namen und Nachrichten

Der **dbb** (verhandelt für NahVG) und die Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft (LVG) haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt. Neben einer steuerfreien Einmalzahlung von 1.200 Euro sieht der Manteltarifvertrag die Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage, die Möglichkeit der Entgeltumwandlung für Fahrradleasing sowie einige redaktionelle Änderungen vor. Der neue Vertrag wird für fünf Jahre bis zum 30. September 2026 laufen. Gleichzeitig sind bereits für das Frühjahr 2022 neue Verhandlungen mit der LVG zum Entgelt angesetzt.

„Natürlich werden Polizei und Ordnungsbehörden notfalls die Regeln durchsetzen, die von der Politik auf demokratisch legitimierten Weg

erlassen wurden“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) **Rainer Wendt** dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) am 11. November 2021. Er betont aber: „Häufig werden es auch nur Stichproben sein, die die Polizei machen kann.“ Laut Wendt seien die Kontrollen von 2G und 3G jedoch schwieriger, als beispielsweise Ausgangsbeschränkungen zu kontrollieren. „Deshalb werden wieder Tausende Kräfte andere Aufgaben weniger erfüllen können“, warnt der Polizeigewerkschaftschef. „Gleichzeitig wissen wir auch, dass es keine hundertprozentige Kontrolldichte geben kann.“ Man sei darauf angewiesen, dass die Betreiber von Restaurants und anderen Einrichtungen ihre eigenen Kontrollpflichten erfüllen.

Termine:

24. November 2021

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital:
„Corona-Pandemie und Dienstunfall – was bedeutet das?“

Weitere Informationen folgen.

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde